

11.10.2019

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2986 vom 18. September 2019
des Abgeordneten Alexander Langguth FRAKTIONSLOS
Drucksache 17/7441

Bundesweites Zentralabitur statt Wettbewerb?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, sprach sich im Juli 2019 für ein bundesweites Zentralabitur aus. Den Bildungswettbewerb, so wie er praktiziert werde, halte er für aus der Zeit gefallen.¹ Lediglich in Nordrhein-Westfalen ist mit Ministerin Yvonne Gebauer ein FDP-Mitglied für die Themen Schule und Bildung in Regierungsverantwortung.

Auch in der CDU scheint man dem Gedanken nicht abgeneigt. So müsse die Diskussion um ein Zentralabitur laut Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) jetzt ernsthaft vorangetrieben werden.² Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) forderte entschlossene Schritte für ein deutschlandweites Zentralabitur.³ Insbesondere Bayern spricht sich gegen eine solche Innovation aus.

Die Ministerin für Schule und Bildung hat die Kleine Anfrage 2986 mit Schreiben vom 11. Oktober 2019 namens der Landesregierung beantwortet.

¹ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article197100629/Zentralabitur-FDP-Chef-Lindner-fuer-einheitliches-Abi-in-Deutschland.html> (abgerufen am 27.08.2019)

² Ebd.

³ Ebd. und vgl. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.baden-wuerttemberg-kultusministerin-eisenmann-fordert-zentralabi.e47203c7-5372-4f5b-8cd7-62157e9f9fdb.html> (abgerufen am 27.09.2019)

Datum des Originals: 11.10.2019/Ausgegeben: 17.10.2019

1. Wie positioniert sich die Landesregierung hinsichtlich einer bundesweiten Zentralisierung der Abiturprüfung?

Der Fragestellung einer „bundesweiten Zentralisierung“ liegt offenbar die Annahme zugrunde, wonach es gegebenenfalls ein bundesseitig vorgegebenes Abitur geben solle. Diese Annahme entspricht weder dem von der Landesregierung wahrgenommenen Sachstand der öffentlichen Diskussion noch den Zielen der Landesregierung. Die Landesregierung sieht einen Handlungs- und Entwicklungsbedarf, um die Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern zu erhöhen bzw. zu stärken. Hierbei bringt sie sich aktiv ein.

2. Falls sich die Landesregierung für ein deutschlandweites Zentralabitur ausspricht: Welche Handlungen zur Abstimmung und Entwicklung eines deutschlandweiten Zentralabiturs hat die Landesregierung bislang angestoßen?

Die Landesregierung sieht, auch im Hinblick auf die Vergabe von Studienplätzen, dass es einen zunehmenden Bedarf für eine bundesweite Vergleichbarkeit im Zentralabitur gibt und arbeitet hieran. Für die Fächer Mathematik, Deutsch, Englisch und Französisch wurden bereits Bildungsstandards festgelegt. In diesen Fächern existiert außerdem ein Aufgabenpool, aus dem alle Bundesländer Abituraufgaben entnehmen können. Nordrhein-Westfalen liefert Aufgaben für diesen gemeinsamen Aufgabenpool und bedient sich seinerseits hieraus. Die Landesregierung setzt sich außerdem dafür ein, dass neben den schon existierenden Bildungsstandards in weiteren Fächern einheitliche Standards entwickelt werden. Derzeit werden Bildungsstandards für drei naturwissenschaftliche Fächer (Biologie, Chemie und Physik) formuliert. Nordrhein-Westfalen wird weiterhin konstruktiv mit den anderen Bundesländern diesbezüglich zusammenarbeiten.

3. Bestehen nach Ansicht der Landesregierung aktuell signifikante Leistungsunterschiede in den bundesweit angebotenen Abiturprüfungen?

Nein.

4. Sollten nach Ansicht der Landesregierung aktuell keine signifikanten Leistungsunterschiede in den bundesweit angebotenen Abiturprüfungen bestehen: Welche Vorteile erwartet die Landesregierung von einem deutschlandweiten Zentralabitur?

Siehe Antwort auf Frage 2

5. Gibt es in der Landesregierung für den Fall, dass es in absehbarer Zeit keine Einigung für ein deutschlandweites Zentralabitur gibt, Überlegungen bezüglich der Option, gemeinsam mit hierfür offenen Bundesländern ein gemeinsames Zentralabitur einzuführen?

Siehe Antwort auf Frage 2